

## „Dumm, Faul & voller Ansprüche“

### Die Zahlen:

Ende Juni 2004: Bundesweit suchen 279.300 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Beim Arbeitsamt sind gleichzeitig 102.300 offene Stellen gemeldet. Drei BewerberInnen fällt eine offene Stelle zu. Das ist die schlechteste Ausbildungsplatzbilanz der letzten Jahrzehnte..

Auch im Arbeitsamtbezirk Herford sieht es nicht besser aus. Hier suchten Ende Juni noch 1468 Jugendliche einen Ausbildungsplatz.. Offene Stellen gab es mal gerade mal 636. Insgesamt sank die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze im Herforder Raum von 1999 bis 2004 um 37,6 Prozent... Soweit die nackten Zahlen.



### Hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich für die Ausbildungsplatzsuchenden:

Der Verlust der Berufswahl, Neigungen interessieren nicht mehr, es muss genommen werden was es gibt - wenn es was gibt;

Das Schreiben zahlloser Bewerbungen, worauf es oft nicht mal eine Antwort gibt. Selbst die (nicht ganz billigen) Bewerbungsunterlagen werden oft nicht zurückgeschickt;

Bewerbungsgespräche bei denen den BewerberInnen ständig das Gefühl der Lästig- bzw. Überflüssigkeit vermittelt wird;

Vorwürfe, selbst Schuld an seinem „Schicksal“ zu sein;

Sinnlose Warteschleifen in Schulen und andere Beschäftigungsmaßnahmen.

Aber was juckt das schon Politik und Wirtschaft. Zunächst wurde versucht das Ausbildungsplatzdesaster herunter zu spielen. Alle möglichen Tricks werden angewandt, die Situation schön zu statistifizieren. WarteschleiflerInnen wurden auf wundersame Weise von Ausbildungsplatzsuchenden zu „Versorgten“.

Und so ließen Politik und Wirtschaft es sich nicht nehmen, Ende 2003 die Bewältigung des Ausbildungsplatzproblems zu verkünden.

Als dann die „weggezauberten“ Jugendlichen wieder auftauchten und die Ausbildungskatastrophe sich vor der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen ließ, verfielen Politik und Wirtschaft in verbale Hektik. Das Schauspiel begann. Teile der SPD befürworteten die Ausbildungsplatz„abgabe“, während andere sie ablehnten. Und so kam es, wie SPD-Wirtschaftsminister Clement im letzten Jahr bereits ankündigte. „Wir brauchen keine gesetzlichen Vorgaben und auch keine Abgabe. Ich bin für freiwilliges Tun“.

Die Abgabe wurde im Tausch gegen vage zugesagte 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sowie 25.000 mit keiner Auflage verbundene einjährige Praktikumsplätze gestrichen. „Ausbildung sei eben zu teuer“ hieß es unisono und treibe die Unternehmen ins billigere Ausland. Wie prima dieser "Ausbildungspakt" klappt, kann mensch schon jetzt in Herford beobachten: Hier sank die Zahl der gemeldeten zusätzlichen Ausbildungsplätze von 205 in 2003 auf 159 in 2004. (Angabe lt. Arbeitsagentur Herford vom Juli 2004)

Schließlich verstiegen sich Teile von Politik und Wirtschaft sogar dahin, dass es nicht etwa ein Ausbildungsplatz- sondern ein Auszubildendenproblem gebe. Soll heißen: Eigentlich gäbe es genügend Ausbildungsplätze - es fehle nur an geeigneten BewerberInnen.

Soweit erst mal die offiziellen Stellungnahmen. Für die Besitzenden sind Auszubildende zu teuer, eine Zumutung, schaden der Wirtschaft (sprich den Gewinnen) und arbeitslose Jugendliche sind eben selbst an ihrem Schicksal schuldig.

### *Nun ist aber genuch!*

**Es wird Zeit, dass wir uns gemeinsam wehren und uns nicht mehr gefallen, dass....**

**in** unserer Gesellschaft Abfindungen für Manager in Höhe von (je 80 Millionen Euro Abfindung erhielten vor kurzem 2 Bertelsmann-Manager nach 2,5 Jahren Beschäftigungsdauer.) kaum noch ein Achselzucken hervorrufen, während eben jene Manager vom Anspruchdenken und den immensen Kosten der Auszubildenden philosophieren.

**diejenigen**, die seit Jahren an den Schulen sparen und gerade noch die Streichung der Hälfte der unbesetzten Lehrerstellen beschlossen haben, von den ausbildungsunreifen AusbildungsplatzbewerberInnen schwadronieren.

**Chefs** von Kommunen sich über die Höhe der potentiell zu zahlenden Ausbildungsplatzabgaben nicht mehr einkriegen können, während sie in der nächsten Sekunde beidhändig das Geld für Prestigeobjekte ausgeben. **wir** als faule, dumme Kostenfaktoren denunziert werden.

### Schließen wir uns zusammen und fordern offensiv:

- Freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl!
- Ausbildungsplätze für alle!
- Schluss mit der Gängelung und Beschimpfung von arbeitslosen Jugendlichen!

## Kein Geld für die Jugendlichen ?

Auch wenn durch die Volksinitiative einschneidende Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit verhindert werden konnten, erhalten Jugendzentren immer öfter die frohe Botschaft: Gelder gekürzt! Die Folgen hierfür sind fatal, doch werden sie wohl von den Machern unserer Politik mal wieder nicht „beachtet“. Wichtiger als die Jugend scheinen Investitionen, wie zum Beispiel Marta oder die Umstrukturierung des Arbeitsamtes in die Arbeitsagentur zu sein.

Durch die abnehmenden Zuschüsse, müssen Jugendzentren wegen Personaleinsparungen ihre Öffnungszeiten verringern.

Dabei erleben die Jugendzentren gerade in der Zeit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit einen regen Zustrom. Ist doch kein Problem, wenn ein Mitarbeiter für 20 Jugendliche zuständig ist. Dabei bleibt dann jedoch kein Platz für individuelle Betreuung und so kommt es, dass die Jugendlichen auch in Jugendzentren immer häufiger sich selbst überlassen sind. Das mangelnde Personal soll dann häufig durch das Einsetzen von Zivildienstleistenden ausgeglichen werden.

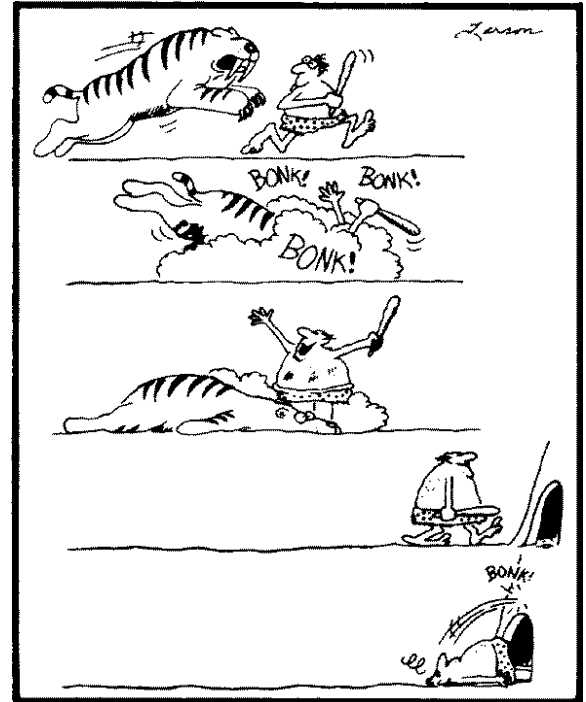
Jugendzentren sollen Anlaufstellen für Jugendliche sein und ihnen Freizeitmöglichkeiten bieten, die sie sich sonst anderswo aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Doch durch die schwindenden Öffnungszeiten wird dieses Angebot ständig gekürzt. Und das in einer Zeit, in der viele Ausbildungsplätze fehlen und somit vielen Jugendlichen eine Beschäftigung fehlt., die ihnen auch die Eltern aufgrund von Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen und und und ...nicht bieten können. So werden die Jugendlichen auch zu Hause alleine gelassen, erfahren keine Unterstützung und werden somit letztendlich auf die Straße gesetzt. Was sie dort erwartet, mag so manche Kriminalitätsstatistik verraten.

Oftmals haben viele von ihnen schon kleine Delikte wegen Diebstahls auf dem Kasten. Dann ist in den Medien wieder von der missratenden Jugend zu lesen. Die steigenden Kriminalitätszahlen haben jedoch Gründe und das muss endlich von allen beachtet werden. Als wenn es nicht schon genügen würde, den Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu verwehren, werden sie auch in ihren Möglichkeiten der Freizeitgestaltung eingeschränkt. Ein Teufelskreis, den es endlich zu stoppen gilt !!!



## Widerstand lohnt sich !

Ende 2003 hat das Land NRW in seinem Haushaltsentwurf eine Kürzung der Fördermittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit vorgesehen. Demnach sollten für das Jahr 2004 die Fördermittel von 96,5 mio. Euro auf 66,9 mio. Euro zusammengestrichen werden. Für 2005 sah der Haushaltsentwurf eine weitere Kürzung auf 57,7 mio Euro vor. So weit, so schlecht.



Und jetzt die „gute“ Nachricht Die NRW-Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ wurde ins Leben gerufen. Landesweit haben Demonstrationen und andere Protestaktionen für Aufruhr gesorgt. Auch in Herford gab es mehrere Protestaufmärsche gegen diese massiven Kürzungen.

Nach monatelangem in der Öffentlichkeit ausgetragenen Widerstand gelang es dann schließlich die 0,5 % Hürde bzw. die 65.900 nötigen Unterschriften zu übertreffen. 174.553 Unterschriften wurden gezählt.

Somit wurde die Landesregierung-NRW (SPD, B'90 Grüne) dazu gezwungen, sich nochmals mit den massiven Kürzungen auseinander zu setzen.

Als erste Reaktion wurde die vorgesehene Senkung der Fördermittel für 2004 von 66,9 mio Euro auf 79 gemildert. Die Proteste gingen weiter. Letztendlich wurde ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz verabschiedet, das Fördermittel von insgesamt 96 mio. Euro vorsieht. Ein Großteil der Kürzungen konnte verhindert werden. Betragsmässig kam es „nur“ zur einer Kürzung von einer halben Million Euro. Die Inflationsrate wird sicher auch noch einige Millionen verschlingen.

Aber davon ganz abgesehen....wie kommt die Landesregierung eigentlich auf die Idee, in Zeiten einer nie dagewesenen hohen Jugendarbeitslosigkeit die Gelder für die Kinder- und Jugendarbeit zu kürzen ? Die „Kreativität“ der Regierenden kennt eben keine Grenzen. Es ist Zeit, diesen Herrschaften zu zeigen, dass wir uns nicht mehr alles gefallen lassen.

## School is out !

- Eine Glosse -

Montag, 6.00 Uhr morgens. Es gab genau 2 Möglichkeiten. Fakt war zunächst, dass sich die Wahrscheinlichkeit für einen Stundenausfall in den letzten Jahren stetig gesteigert hat. Also, sollte ich mich nun darauf verlassen, dass die vollen Schulstunden ausfallen oder sollte ich mich aus dem Bett quälen und mit dem völlig überfüllten Schulbus zur Schule fahren, um dann festzustellen, dass die nächsten zwei Stunden ausfallen und ich dort warten müsste, bis die Schule endlich anfängt.

Obwohl ich bei der Berücksichtigung der Ausfälle der letzten vier Wochen eine 60 prozentige Chance auf den Ausfall der Schulstunden hatte, ging ich trotzdem hin. Am besagten Tag sollte ich noch ein paar Unterlagen von meinem Klassenlehrer bekommen, welcher Herr Grau hieß. Schon fünf Meter vor meinem Raum schlug mir der Lärm meiner Mitschüler entgegen, der 62jährige Herr Grau mischte lauthals mit.

Bei dem Gedanken an meinen Lehrer, fiel mir ein, dass ich noch das Mathematikbuch bestellen musste. Das sollte ich von meinem eigenen Taschengeld bezahlen, da meine Eltern nicht genügend finanzielle Möglichkeiten besaßen und die Rechnung für die Klassenfahrt stand ja auch noch offen. Aber wahrscheinlich hätte Herr Grau dies auch vergessen, da er sich in letzter Zeit sehr wenig merken konnte. Aber nicht nur die Lehrer waren so alt, auch das Schulgebäude war nicht mehr das Neueste. Ein typisches Beispiel dafür wäre folgendes: als ich am vorherigen Tag durch den Klassenraum ging - was wirklich nur sehr schwer möglich war, da meine Klassenkameraden nicht auf den Lehrer hörten und nur Quatsch machten - bröckelte etwas Putz von der Decke, welchen ich ins Auge bekam, zum Arzt musste und dort wurde ich noch „gezwungen“ 10 • Praxisgebühr zu zahlen. Allerdings hätte es nicht viel gebracht mich durch die völlig überfüllte Klasse zu meinem Tisch zu wühlen, denn ich hatte garkeinen mehr.

Er war schon vor langer Zeit zusammengebrochen und ich fürchtete mein Stuhl hätte bald das selbe Schicksal ereilt. Nun musste ich mich ohne Tisch am Unterricht beteiligen, was nicht sehr leicht wahr, weil man durch die Störungen seitens der Schüler nicht viel mitbekam.

Kein Wunder, die Lehrer sowie die Schüler waren demotiviert.

Die ständigen Überstunden bzw. der Lehrermangel wird wohl schon seinen Beitrag dazu geleistet haben.

Auch mit aus diesen Gründen wollte ich es nicht mehr einfach hinnehmen, dass die Reichen immer reicher werden und man uns in diesen völlig verdreckten Schulen verkommern lässt.

Aber diese Gedankengänge schlug ich schnell beiseite, denn ich bräuchte mir da keine Gedanken machen. Ich dachte mir, dass die da oben das schon richtig machen würden.

Außerdem, wer würde schon etwas auf die Meinung eines 17jährigen geben? Mein Vater sagte mir immer, dass ich mich nicht in die Politik von Erwachsenen einmischen solle, ich hätte doch keine Ahnung davon und sollte lieber über meine Schullaufbahn nachdenken. Dies hatte ich schon oft genug getan und war zu dem Schluss gekommen, eine Ausbildung zu machen, weil ich für ein Studium nicht genügend Geld hatte. Denn die Studiengebühren haben sich in dieser Zeit enorm gesteigert. Damit hatte einer meiner Mitschüler keine Probleme. Sein Vater war ein erfolgreicher Richter und von daher auch finanziell gut abgesichert. Kurz um. Er hatte schon eine Zusage von einer der besten Universitäten im Lande, gleichwohl meine Noten besser waren als die Seini- gen. Ich blieb wieder auf der Strecke.

Nun schreiben wir das Jahr 2018 und ich bin im Moment arbeitslos, denn ich konnte ja wegen den geringen finanziellen Möglichkeiten meiner Eltern nicht studieren und als mein Vater noch seinen Job verlor - er arbeitete bei Siemens und der Firmenboss fand es wohl lukrativer im Ausland zu produzieren, weswegen er viele Arbeitsplätze in Deutschland abbaute - ging alles den Bach herunter. Ich fand nach der Schule keinen Ausbildungsplatz und meine Eltern hatten kurze Zeit später einen schweren Verkehrsunfall.

Da wir uns keine private Krankenkasse leisten konnten, wurden sie auch nicht in ein Krankenhaus eingeliefert, sondern einfach begraben und für Tod erklärt.

Nun lebe ich auf der Straße und wie man so schön sagt von der Hand in den Mund. Aber auch der Sohn des Richters fand keinen Arbeitsplatz, obwohl er studiert hatte, denn nicht nur bei Siemens wurden Arbeitsplätze abgebaut.

Er lebt nun mit mir unter ein paar Kartonpappen in Berlin.

Heute denke ich anders über die „Politik der Erwachsenen“, ich denke, dass gerade die Jugendlichen genügend politische Informationen bekommen müssten, aus denen sie sich eine Meinung bilden und damit an die Öffentlichkeit gehen sollten, denn unsere und ihre Zukunft liegt eben in den Händen der Jugend.

## Schulrenovierungsstau 10 Millionen Euro

Die Stadtverwaltung hat im März diesen Jahres an den Herforder Schulen einen Renovierungsstau von mindestens 10 Millionen Euro festgestellt.

Die Zustände der Schulgebäude sprechen für sich. Undichte Schulflachdächer, marode Fenster, Schimmel in den Klassenräumen, veraltete Sanitäreanlagen...

Doch „unseren“ Lokalmatadoren aus der Politik scheint die Bewohnbarkeit der Schulgebäude gleichgültig zu sein. Von 2002 an bis zum heutigen Tag, kürzten sie den Schuletat um 250.000 •. Im Jahr 2003 entwendete man sogar, ohne jegliche Legimitation, 40.000 • aus dem Schulrenovierungsstopp. Der Bürgermeister Gabriel rechtfertigte die Zweckentfremdung damit, dass diese niemanden geschadet hätte.

Den Schaden und das sollte sich der Herr Bürgermeister hinter die Ohren schreiben, gibt es in Millio- nenhöhe an der Goebenstrasse. 24 Millionen • wurden dort für das „Leuchtturmprojekt“ MartA „ein- betoniert“. Hinzu kommen jährliche Unterhaltskosten in Höhe von 3 Mio. •.



Der Forderung Gelder in Jugend- und Sozialprojekte zu stecken, Schulen ordentlich in Stand zu setzen und auszustatten, wird seit Jahren mit der dreisten Begründung entgegnet, dass kein Geld vorhanden sei.

Erst auf Druck der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen hat die Stadt reagiert. Zwei Millionen Euro hat „unser“ Bürgermeister für das Jahr 2004 bewilligt und natürlich auf kreditbasis finanziert

**In diesem Sinne :**

Nix gefallen lassen und gemein- sam gegen Kürzungen wehren !

## Schluß, Ende, Aus.....

### Wir machen nicht mehr mit !

Dieses ständige Gefasel in den Medien.....von wegen hoher Arbeitslosigkeit, zu wenigen Ausbildungsplätzen und und und ....geht einem, auf gut deutsch, aufn Senkel.

Erst Recht, wenn „unsere“ Politiker das Wort ergreifen und zu „grosartigen“ Reformen schreiten. Reform übrigens das Unwort des Jahres 2003. Reformen hier, Reformen dort...Reformen überall, wenns sich denn dann machen lässt. „Agenda 2010“ nennt sich das Reformpaket, unter dessen Deckmantel Kürzungen und Streichungen in allen Lebensbereichen der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, RentnerInnen, SchülerabgängerInnen und anderen bedürftigen Menschen durchgesetzt worden sind. Wie heisst es so schön, den Gürtel enger schnallen.



Unter diesem Leitspruch wurden die Sozialversicherungsleistungen energisch gekürzt. Die Arbeitslosenhilfe beispielsweise wurde auf Sozialhilfeniveau herabgesenkt und schließlich zu Arbeitslosengeld II zusammengefaßt. Aber damit nicht genug. Als z.B. der Konzern Siemens in Kooperation mit den Gewerkschaften vor zwei Wochen die Wochenarbeitszeit der Beschäftigten auf 40 Stunden erhöht hat, folgte kurz darauf die Forderung nach einer 50-Stundenwoche. Wen wunderts.

Man erhöhe die Wochenarbeitszeit, kündige eine dementsprechende Anzahl von Beschäftigten. Die Entlassenen erhalten ein Jahr lang ihr Arbeitslosengeld, fallen dann in ALG-II. Nachdem sie ihr Erspartes weitestgehend verbraucht haben, erhalten sie das ALG-II, das ungefähr der Sozialhilfe entspricht. Dafür müssen sie dann jede „legale“ Tätigkeit annehmen und landen als billige Arbeitskräfte wieder bei den Unternehmen. Diese bedanken sich bei ihren Politikern für die billigen Arbeitskräfte und die großzügigen Steuerergeschenke der letzten Jahre. Der Konzern Vodaphone erhielt zuletzt 20 Mrd. Euro dank der Steuerreform zurückerstattet. Kein Wunder, dass im Jahre 2003 die Zahl der Millionäre (ohne Immobilien) in Deutschland um 1000 Personen auf 756.000 gestiegen ist.

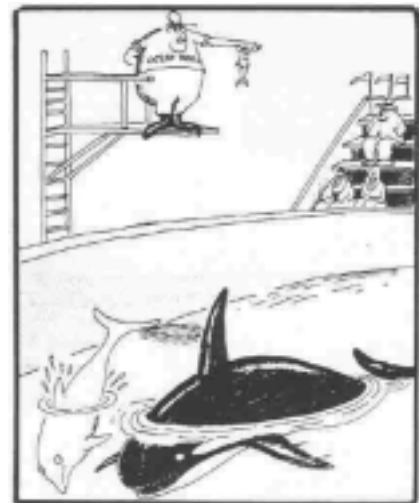
## Sportanlage den SportlerInnen

Lange haben wir drauf gewartet, jetzt ist sie da – Sie wissen nicht wovon ich spreche? Die Rede ist von der Außensportanlage an der Otto-Hahn-Realschule in Herford.

Der Antrag zum Bau der Anlage wurde schon vor Jahrzehnten gestellt aber, dank Bürokratie und ständigen „Zwischenfällen“, erst dieses Jahr durchgeführt. Die vorhandene Turnhalle ist für eine Schule dieser Größe nicht ausreichend und so musste schon manch Sportunterricht außer-halb des Schulgeländes stattfinden. Aber diese Zeiten sind jetzt vorbei, die Sportanlage ist da und voll einsatzbereit. Einsatzbereit ja, aber nicht für alle zugänglich und nach Schulschluss schon gar nicht! – so steht man als ehemaliger Schüler oder als Sportsfreund am Nachmittag vor verschlossenen Türen.

Überwindet man jedoch diese und spielt lediglich auf der Anlage Fußball, so sind binnen wenigen Minuten –auch Sonntags– Lehrer da, die einen vom Gelände verweisen, oder bei Missachtung mit Polizei drohen. Und wenn aufgeweckte Nachbarn mit einem verstärkten Paparazzi-Wahn und einer Kamera entgegenkommen, sollte man lieber die Flucht ergreifen, da sie sich selbst den Auftrag erteilt haben alles, was die Sportanlage betritt und verlässt, genaustes festzuhalten und der Schulleitung zu melden.

Doch damit muss jetzt Schluss sein, jeder sollte das Recht haben die Sportanlage für Freizeitaktivitäten zu nutzen und das ohne die Befürchtung dafür gleich eine Strafanzeige zu bekommen.



„Der Haiing ist mir schwebel... ich geh' diermal aufs Ganze!“

### Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net,

<http://www.genugistgenug.net>, V.i.S.d.P.: K. Gehrke

